

# Ein Jahrhundert danach ist Trumps Deal für Palästina nicht besser als der Großbritanniens

**Die Briten verließen Palästina 1948 mit eingezogenem Schwanz, nachdem sie den Grundstein für 100 Jahre Konflikt gelegt hatten. Mit Leuten wie Trump und Kushner an der Spitze sollten wir für unser eigenes Jahrhundert nichts Besseres erwarten.**

Das Weiße Haus enthüllte am vergangenen Wochenende, dass der „Deal of the Century“, der Plan der Regierung zur Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts und zur Förderung des Friedens im Nahen Osten, von und für Geschäftsleute ausgearbeitet wird.

Die politische Komponente des Deals wird sich erst nach dem Wirtschaftsworkshop zeigen. Es wird jedoch keinen unabhängigen palästinensischen Staat geben

Jared Kushner, Immobilienmogul, Schwiegersohn und Senior Advisor (Chefberater) von Präsident Trump, wird den Plan mit der Einberufung eines „Wirtschaftsworkshops“ Ende Juni in Bahrain einleiten. Dort werden arabische Finanzminister und internationale Geschäftsleute darüber diskutieren, wie Investitionen im Westjordanland und im Gazastreifen durch Infrastruktur und industrielle Entwicklung „gefördert werden können“.

In den letzten Monaten haben viele darüber spekuliert, wie diese Investitionen aussehen könnten. Die Journalistin Vicky Ward schlägt vor, dass der Deal eine saudi-arabische Ölpipeline mit Raffinerien, Entsalzungsanlagen und einem Schiffsterminal in Gaza beinhalten wird. Es kursieren Gerüchte über eine Wüsten transitbahn, die Bagdad mit Haifa verbinden wird. Und der saudische Kronprinz Mohammad bin Salman hat der Palästinensischen Autonomiebehörde angeblich die hohe Summe von 10 Milliarden Dollar angeboten, wenn sie den Deal von Trump akzeptieren und ihren Anspruch auf Ost-Jerusalem als Hauptstadt Palästinas aufgeben.

Die politische Komponente des Deals wird sich erst nach dem Wirtschaftsworkshop zeigen. Es wird jedoch keinen unabhängigen palästinensischen Staat geben. In einem kürzlich erfolgten Interview mit Robert Satloff, dem Exekutivdirektor des Washington Institute for Near East Policy, wies Kushner die palästinensische Staatlichkeit als eine Frage der Semantik zurück: „Wenn wir ‚zwei Staaten‘ sagen, bedeutet das eine Sache für die Israelis und eine andere für die Palästinenser,“ bemerkte er. „Lasst es uns einfach nicht sagen.“ Diese Position ist für die Palästinensische Autonomiebehörde, deren Präsenz in dem bevorstehenden Workshop nicht einmal garantiert ist, nicht vertretbar. Satloff argumentiert, dass wir „Kushner und seine Kollegen eher als Grundstückerschließer betrachten sollten, die sich auf die Lektionen, die der Nahostkonflikt dem New Yorker Immobilienmarkt erteilt hat, beziehen, denn als Diplomaten, die versuchen, einen heiklen, langjährigen internationalen Konflikt zu lösen“. Aber dieser Ansatz ist nichts Neues.

Tatsächlich knüpft Kushner an eine lange Tradition des Deal-Making im Nahen Osten an, die sich durch die Priorisierung der wirtschaftlichen Entwicklung und die Vermeidung oder Verzögerung politischer Lösungen als katastrophal für die Region und insbesondere für Palästina erwiesen hat. Vor dem „Wirtschaftsworkshop“ im nächsten Monat wäre es lohnend, sich an ein ähnliches Abkommen zu erinnern, das vor 100 Jahren abgeschlossen wurde und weitreichende Auswirkungen auf den Konflikt haben sollte - und das Scheitern von Kushners Plan zur Sicherung eines dauerhaften Friedens erahnen lässt.

### **Unter der Führung „hochentwickelter Nationen“**

Am 8. April 1919 trafen sich die britischen und französischen Erdölminister, um über das Geschäft ihres Jahrhunderts zu verhandeln. Vor dem Ersten Weltkrieg besaß Großbritannien 50 Prozent der Anteile an der *Turkish Petroleum Company* (TPC), einem Konsortium, das die Rechte zur Ölsuche im Irak erworben hatte. Die restlichen Aktien wurden zwischen deutschen und niederländischen Investoren aufgeteilt.

Wie Kushner heute, so behauptete auch Großbritannien, dass die Entwicklung der modernen Industrie notwendigerweise der Gründung eines unabhängigen palästinensischen Staates voranzugehen habe

Am Ende des Krieges waren Großbritannien und Frankreich zu Siegermächten der Alliierten geworden, die die Ölabkommen der Vorkriegszeit an ihre eigenen Interessen anpassen konnten. Die Ölminister Walter Long und Henri Berenger einigten sich darauf, dass Frankreich die bisher von den Deutschen gehaltenen TPC-Aktien übernehmen würde. Im Gegenzug verzichtete Frankreich auf seine Gebietsansprüche an der ölreichen Mosul-Region im Irak und verpflichtete sich zum Bau von Pipelines und Eisenbahnen, um den Irak mit dem Mittelmeerraum zu verbinden.

Als nächsten Schritt galt es, eine politische Vision anzubieten, um die britische und französische Kontrolle über die Region zu rechtfertigen. Der im Juni 1919 unterzeichnete Völkerbund schuf das System der Mandate, wonach Gebiete, „die von Völkern bewohnt werden, die noch nicht in der Lage sind, auf eigenen Füßen zu stehen,“ unter die zeitweilige Führung von „fortgeschrittenen Nationen“ gestellt werden sollten. Großbritannien und Frankreich konnten somit behaupten, „das Wohlergehen und die Entwicklung“ der Völker des Nahen Ostens zu sichern und dabei gleichzeitig ihre eigenen imperialen Ziele erreichen.

Wie Kushner heute, so behauptete auch Großbritannien, dass die Entwicklung der modernen Industrie notwendigerweise der Gründung eines unabhängigen palästinensischen Staates voranzugehen habe. Doch das britische Bestreben, eine Pipeline zum Mittelmeer zu bauen, wie es durch das Long-Berenger-Abkommen festgelegt war, ging direkt zu Lasten der Palästinenser.

Obwohl Landvermessungen gezeigt hatten, dass eine Pipeline vom Irak in die libanesische Hafenstadt Tripolis die finanziell vernünftigste Wahl wäre, strebte Großbritannien ein Ölterminal in Palästina unter seiner direkten Autorität am Hafen von Haifa an. Nachdem die TPC 1927 im Irak auf Öl gestoßen war, bestach Großbritannien die Ölgesellschaft mit beispiellosen Privilegien. Dem Unternehmen wurde die Freistellung

von fast allen lokalen Steuern, der Zugang zu staatlichem Land mit dem Recht, zusätzliches privates Land zu enteignen, und die Genehmigung zur Einfuhr ausländischer Arbeitskräfte gewährt.

Die Verhandlungen zwischen der TPC (die 1928 zur *Iraq Petroleum Company* wurde) und der britischen Regierung fanden ohne jegliche Beteiligung der Palästinenser statt. Die 1935 fertiggestellte Irak-Haifa-Pipeline sicherte eines der langjährigen britischen imperialen Interessen. Da sie der lokalen palästinensischen Bevölkerung jedoch keinen positiven Nutzen in Form von Steuereinnahmen brachte, konnte die wachsenden Probleme von Landverlust und Arbeitslosigkeit, die die palästinensische Gesellschaft in jenem Jahrzehnt heimsuchten, nicht angegangen werden, ja in einigen Fällen verschärften sich diese noch.

Die einzigartige Ausrichtung Großbritanniens auf die koloniale Entwicklung in Palästina hatte auch einen entscheidenden politischen Effekt: die Unterstützung Großbritanniens für die jüdische Besiedlung zu festigen. Britische Beamte sahen die palästinensische Gesellschaft als unvereinbar mit ihrer Vision von Entwicklung an und zogen es vor, mit englischen und europäischen jüdischen Industriellen zusammenzuarbeiten, die ihre Investitionen von der britischen Unterstützung des zionistischen Projekts abhängig machten. Groß angelegte Infrastrukturen wie die IPC-Pipeline waren ein Punkt, an dem britische und zionistische Interessen zusammenkamen.

### **Was können wir für unser eigenes Jahrhundert erwarten?**

Für die Palästinenser klang die mächtige Rhetorik Großbritanniens über sein Interesse an „Wohlergehen und Entwicklung“ der lokalen Bevölkerung hohl; Großbritannien hatte sein Reich einfach in den Nahen Osten ausgedehnt und die Palästinenser dabei weiter von ihrer politischen Souveränität entfernt.

Die britische Herrschaft in Palästina ist heute eine ferne Erinnerung. Und doch bekennen sich die Führer der USA immer noch zu ihrer jahrhundertealten Logik. **Kushner stellt zu Recht fest, dass der Konflikt die wirtschaftlichen Chancen für die Palästinenser behindert hat. Aber er setzt sich nicht mit dem Kern dieses Konflikts auseinander - einer jahrhundertelangen Geschichte von Enteignung, Vertreibung und militärischer Besetzung, die nicht nur finanzielle Entschädigung, sondern auch eine gerechte politische Lösung für die Palästinenser erfordert.**

Für Kushner ist Geschichte lediglich eine Last. Die Palästinenser, glaubt er, sollten einfach „den Konflikt ihrer Großväter“ loslassen und seinen Plan, „sich auf die Entwicklung der Infrastruktur, der Regeln, der Ausbildung für viele Menschen zu konzentrieren“, zulassen. Aber er weigert sich, zu sagen, wer die Infrastruktur entwickeln, die Regeln festlegen und die Ausbildung durchführen wird, noch diskutiert er die Bedingungen, denen die Palästinenser zustimmen müssen, um diesen Investitionsschub zu erhalten. **Es gibt in der Tat keinen Grund, nicht anzunehmen, dass die Hauptinvestoren seines Plans, darunter die Golfstaaten, Ägypten, Jordanien, Irak, Israel, die USA - alle außer den Palästinensern - die Hauptnutznießer sein werden.**

In Anbetracht der Geschichte sollten wir skeptisch sein, dass dieser Plan für die Palästinenser sogar zu einer Entwicklung führen wird. Und in gewisser Weise ist Kushners Deal für die Palästinenser schlechter als das, was Großbritannien vor einem Jahrhundert angeboten hat. Das Mandat wurde - wenn auch nur in Worten -

als Schritt zur Selbstbestimmung und Souveränität der Palästinenser gegründet. **Kushners Deal hingegen wird versuchen, die Palästinenser durch Bestechung von ihrer politischen Souveränität weg auf ein bloßes Versprechen wirtschaftlichen Wohlstands hin zu orientieren.**

Die Geschichte zeigt uns, dass die Entwicklung der Infrastruktur allein noch nie ein Weg zum Frieden war. Im Nahen Osten war die Infrastruktur schon immer ein zweischneidiges Schwert: durch den Bau von Gebäuden und Pipelines und die Verlegung von Eisenbahnschienen, errichteten die Ölgesellschaften, wie der Historiker Timothy Mitchell argumentiert, auch „die Infrastruktur für politischen Protest.“

Dies galt insbesondere für Palästina, wo während der antikolonialen Massenunruhen in den späten 1930er Jahren die IPC-Pipeline, Brücken, Telefonleitungen, Züge und andere britische Infrastrukturen häufig angegriffen wurden. Um ihre Investitionen zu schützen, verlagerte Großbritannien Zehntausende von Soldaten nach Palästina und unterdrückte den Aufstand mit Gewalt. Sie warben auch jüdische Rekruten an, die die Schlüssel zur britischen Strategie der Aufstandsbekämpfung kennenlernten: Folterung und Ermordung von Zivilisten, Zerstörung von Häusern und Sprengung von Dörfern. Dies waren die gleichen brutalen Taktiken, mit denen die *Haganah* ein Jahrzehnt später Hunderttausende von Palästinensern vertrieben hat.

Die Briten verließen Palästina im Mai 1948 mit eingezogenem Schwanz, nachdem sie den Grundstein für 100 Jahre Konflikt gelegt hatten. Mit Neoimperialisten wie Kushner an der Spitze sollten wir nichts Besseres für unser eigenes Jahrhundert erwarten.

*Jonathan Adler ist Absolvent der Yale University, wo seine Forschung die politische und wirtschaftliche Geschichte des britischen Mandats in Palästina untersuchte.*

28.05.19

Übersetzung: R. Häberle, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

Quelle: [972mag.com/trump-deal-century-palestine-britain/141664](https://972mag.com/trump-deal-century-palestine-britain/141664)